Frauenpolitischer Runder Tisch Halle
c/o Weiberwirtschaft

Karl-Liebknecht-Str. 34
06114 Halle

Sprecherinnen

Frauenpolitischer Runder Tisch Magdeburg
c/o LH Magdeburg, Amt für Gleichstellungsfragen
Alter Markt 6
39104 Magdeburg

Sprecherinnen

Petitionsausschuss des Landtages von Sachsen-Anhalt

19.06.2020

Petition

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit Februar 2018 hat Deutschland das Europaratsübereinkommen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt ratifiziert. Mit dem Übereinkommen liegt erstmalig für den europäischen Raum ein völkerrechtlich bindendes, detailliertes Regelungswerk vor, das den Frauen in allen Mitgliedsstaaten des Europarates Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt bietet. Zudem werden die Staaten verpflichtet, ALLE Opfer von häuslicher Gewalt wirksam zu schützen, d.h. alle Mitgliedsstaaten müssen Maßnahmen ergreifen, um diese Menschen vor öffentlicher und privater Gewalt zu schützen, das gilt selbstverständlich auch für Deutschland!

Deutschland hat in diesem Jahr ab Juli 2020 die Ratspräsidentschaft der Europäischen Union inne und muss sich natürlich fragen lassen, inwieweit es seinen verpflichtenden Schutz- und Hilfsmaßnahmen zur Umsetzung der Europakonvention- der Istanbul Konvention gegen Gewalt an Frauen und Kindern bei häuslicher Gewalt nachkommt. Diese Verpflichtungen gelten nicht nur für den Bund, sondern auch für die Länder und Kommunen. In Sachsen-Anhalt sind wir allerdings bezüglich der Umsetzung in Sorge.

Daher fand im Rechtsausschuss des Landtages von Sachsen-Anhalt am 16. August 2019 ein Fachgespräch bezüglich der Umsetzung der Europaratskonvention (Istanbul-Konvention) statt, und die mit der Thematik befassten Fachverbände und andere Gremien haben die fehlenden Bedarfe und entsprechenden Mittel ausführlich erläutert, die schriftlichen Stellungnahmen liegen seitdem vor.
Die notwendigen Maßnahmen, Konzepte und Strategien lassen aber auf sich warten.

Mit dem beigefügten Schreiben des Frauenpolitischen Runden Tisch Halle vom 02.März 2020 hat sich dieses Gremium in einem Offenen Brief an den Ministerpräsidenten und die Landtagsabgeordneten von CDU, DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und SPD mit der Bitte gewandt, der unverzüglichen Verantwortung gegenüber allen in Sachsen-Anhalt lebenden Menschen in Sachsen-Anhalt nachzukommen und die notwendigen Maßnahmen zum Schutz von Mädchen und Frauen einzuleiten.

Wir bitten um dringende Unterstützung, damit endlich entsprechende Maßnahmen in Sachsen-Anhalt eingeleitet werden.

Mit freundlichem Gruß
i.A.

[redacted]

Mit freundlichem Gruß
i.A.

[redacted]

Anlage

Offener Brief